

Stand: 12.02.2026 18:15:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4608

"Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4608 vom 21.01.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 22.01.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5921 des BU vom 20.03.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025
5. Beschluss des Plenums 19/6658 vom 13.05.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 13.05.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- begrüßt die grundsätzliche Einigung über das Mercosur-Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay,
- unterstreicht die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung des größten Handelsabkommens der EU und sieht darin einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und Südamerika sowie ein strategisches Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Chinas in der Region,
- erkennt die Chancen des Abkommens für Bayern, die Exportstärke des Freistaates auszubauen und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf den relevanten politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das Mercosur-Abkommen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Begründung:

Nach knapp 25-jährigen Verhandlungen stellt das Mercosur-Abkommen einen Meilenstein in den Handelsbeziehungen der EU dar. Das Abkommen öffnet für Europa weitere Märkte mit rund 280 Mio. Verbrauchern in Lateinamerika. Es bietet enorme wirtschaftliche Chancen und erleichtert durch den Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren den Zugang zu den Mercosur-Märkten. Bayern als wichtiges Exportland, u. a. von Maschinenbau, Fahrzeugen und Chemikalien, profitiert in besonderem Maße von der neuen Freihandelszone, die knapp 780 Mio. Menschen umfasst. Bayerische Unternehmen, die international stark vertreten sind, können neue Kunden gewinnen, ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze sichern. Auch bayerische Exporteure von verarbeiteten Lebensmitteln, Wein, Spirituosen und Milchprodukten profitieren von besseren Exportbedingungen.

In den Mercosur-Verhandlungen sind ökologische und soziale Effekte aktiv adressiert worden. Ergebnis ist u. a. eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Mercosur-Länder, die illegale Entwaldung bis 2030 zu stoppen.

Vor dem Hintergrund zunehmender weltweiter Handelshemmnisse kommt dem Abkommen eine besondere Bedeutung zu. Die europäische Wirtschaft benötigt starke und verlässliche Partner, um ein globales Sicherheitsnetz aus Handelspartnern aufzubauen und Lieferketten zu diversifizieren.

Das Abkommen befindet sich nun in der entscheidenden Phase der Ratifizierung durch den Europäischen Rat, in der Debatte der Nationalstaaten und im Europäischen Parlament. Diese Prozesse sollen von der Staatsregierung positiv begleitet werden, um Bayerns Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen.

Ich sage es noch einmal: Wir sind das einzige Land, das in einer Rezession ist. Im zweiten Jahr, erst dieses Wochenende, wurde die Wachstumsprognose von 0,7 auf 0,3 korrigiert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten!)

Die Zusammenhänge müssen Sie verstehen, und da müssen Sie die steuerpolitischen Entscheidungen mit einordnen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten!)

Dann können wir miteinander über Wirtschaftspolitik reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE):
Keine Antworten!)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/4606 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, das ist die CSU, das ist die AfD. Gegenstimmen! – Das sind die GRÜNEN. Enthaltungen! – Das ist die SPD. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4607 und 19/4608 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich für eine Gedenkminute, eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Sie alle haben bestimmt die Eilmeldungen verfolgt. Bayern trauert um ein 2-jähriges Mädchen und einen 41-jährigen Mann. Sie sind heute in Aschaffenburg einer grausamen Gewalttat zum Opfer gefallen. Drei weitere Verletzte, darunter ein weiteres Kleinkind, befinden sich zur Behandlung in der Klinik.

Nach allem, was wir wissen, hat der Tatverdächtige eine Kindertengruppe mit einem Küchenmesser angegriffen. Der getötete Passant hat durch sein mutiges Einschreiten vermutlich weitere Opfer verhindern können. Das musste er mit dem Leben bezahlen.

Der mutmaßliche Täter stammt aus Afghanistan und hat hier bei uns Schutz gesucht. Unabhängig davon, was wir noch über seinen psychischen Gesundheitszustand erfahren werden, steht fest: Es ist eine fürchterliche und sehr bittere Wendung. Staatsminister Joachim Herrmann und Staatsministerin Judith Gerlach sind vor Ort und haben der Öffentlichkeit bereits über die Lage und die aktuellen Erkenntnisse berichtet. Die Polizei wird in den kommenden Tagen und Wochen die Hintergründe sorgfältig klären müssen. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die geholfen haben. Ich danke der Polizei und den Rettungskräften für ihren Einsatz.

In diesen Stunden ist es für Bayern, finde ich, fürchterlich und schrecklich. Vorfälle wie diese machen uns, machen mich fassungslos. Sie sind von einer unmenschlichen Brutalität. Unsere Gedanken sind bei den Familien, ganz besonders auch bei den Eltern, und bei den Freunden. Wir hoffen auf eine baldige Genesung derer, die noch im Krankenhaus sind.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 19/4608**

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Andreas Kaufmann**

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 26. Sitzung am 20. März 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Unternehmen und Industrie
Zukunft der europäischen Automobilindustrie
30.01.2025 - 13.02.2025
Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREEIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung
27.01.2025 - 21.04.2025
Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern
Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen
Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert
Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern
Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben
Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!
Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken I:
Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU
Verbesserung des Opferschutzes
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung
Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung des Nürnberger Fernmeldeturmes
Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken
Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!
Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Streichung des § 188 StGB
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen – Steuergesetzgebung anpassen
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Deutschlandticket dauerhaft sichern
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II – Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV – Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:
Lösung für Sonderbedarfszulassungen
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II:
Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV:
Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V:
Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI:
Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlaters auf 16 Jahre
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/4608, 19/5921

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Kaufmann

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ulrike Müller

Abg. Benjamin Adjei

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern (Drs. 19/4608)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich hierbei an der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Abgeordnete Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch geopolitisch von zentraler Bedeutung ist. Es geht um die Frage, ob wir Bayern zukunftsfit aufstellen und wie wir Bayern in Zukunft als Exportstandort, als Teil einer global vernetzten Wirtschaft und als Partner im internationalen Dialog aufstellen.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten ist das größte Handelsabkommen, das die Europäische Union jemals verhandelt hat. Nach fast einem Vierteljahrhundert intensiver Gespräche steht es jetzt unmittelbar vor der Ratifizierung. Wir sollten alles daran setzen, es konstruktiv zu begleiten und mitzugesten. Eines ist klar: In einer Zeit, in der Handelswege zunehmend unter Druck stehen und sich verengen, in der protektionistische Tendenzen zunehmen und globale Lieferketten durch Krisen und Konflikte ins Wanken geraten, braucht Europa verlässliche Partner. Der Mercosur-Raum mit seinen rund 280 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern bietet enormes Potenzial für unsere Wirtschaft, für Wachstum, für Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung.

Gerade für Bayern ist das Mercosur-Abkommen eine echte Chance. Der Freistaat Bayern ist Exportland durch und durch. Wir sind die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Wir sind die vierzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt. Der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Chemiebranche leben alle von offenen

Märkten. Mit dem Mercosur-Abkommen könnten Zölle und Handelsbarrieren auf bayrische Exporte massiv gesenkt werden. Das eröffnet uns neue Märkte, sichert Arbeitsplätze in Bayern und stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene.

Auch für unsere Landwirtschaft und die Lebensmittelverarbeitung bietet das Abkommen Perspektive. Ob Milchprodukte, Wein, Spirituosen, verarbeitete Lebensmittel, gerade kleinere und mittelständische Unternehmen könnten von verbesserten Handelsbedingungen profitieren.

Natürlich – das möchte ich ausdrücklich betonen – darf Freihandel nicht auf Kosten von Umweltstandards oder Arbeitnehmerrechten gehen; aber gerade in diesem Zusammenhang setzt das Mercosur-Abkommen nach langen Verhandlungen neue Maßstäbe. Es enthält rechtsverbindliche Verpflichtungen zur Nachhaltigkeit, etwa zur Bekämpfung illegaler Abholzung bis zum Jahr 2030, zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und zur Förderung sozialer Standards. Diese Vereinbarungen sind nicht bloß Absichtserklärungen, sondern sie sind erstmals integraler, rechtsverbindlicher Bestandteil eines großen Handelsvertrags. Das ist ein Fortschritt, den wir nicht kleinreden sollten.

Gleichzeitig müssen wir auch ehrlich sein: Wenn sich Europa aus diesen Regionen zurückzieht, wenn Europa in diesen Regionen nicht aktiv wird, dann wird das Vakuum sofort gefüllt, und zwar nicht von Partnern, die unsere Werte teilen. China ist längst auf dem Vormarsch in Lateinamerika. Wenn wir dort keine wirtschaftliche Präsenz zeigen, verlieren wir geopolitisch an Einfluss und dabei die Chance, gemeinsam mit gleichgesinnten Demokratien den Welthandel zu gestalten.

Ich komme zum Schluss. Das Mercosur-Abkommen ist weit mehr als ein wirtschaftliches Projekt. Es ist ein geopolitisches Statement für offene Märkte, für internationale Partnerschaften, für eine regelbasierte Weltordnung. Wir dürfen diese historische Chance nicht verstreichen lassen; denn Bayern hat sich immer dann weiterentwickelt, wenn wir uns technologisch, kulturell und wirtschaftlich geöffnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Abkommen ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Lassen Sie uns diesen Weg für Bayern, für Europa und für eine global vernetzte Zukunft gemeinsam gehen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Kaufmann für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Kaufmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, liebe SPD, dass wir heute einmal ein anderes Thema hier im Haus besprechen. Es ist wirklich erfrischend und macht Spaß, dazu zu sprechen.

Ich möchte den Blick einmal kurz in die Vergangenheit, nämlich auf den September 2016, richten: Wiesn-Auftakt, der FC Bayern spielt zu Hause, und es findet eine Großdemonstration auf dem Odeonsplatz gegen CETA und gegen TTIP statt. Der Zustrom war groß. Es waren auch sehr viele dabei, die heute hier sitzen. Die Sorgen waren damals: Wird unsere Rechtsprechung ausgehöhlt, wenn wir Abkommen eingehen? Sind die Chlorhühnchen morgen auf unseren Tellern? Diese Sorgen wurden stark nach vorne getragen, und heute trauern wir, dass TTIP nicht zustande kam, und sind sehr froh, dass CETA den Handel mit Kanada regelt.

Warum trauern wir TTIP nach? – Wir erleben es gerade in unschöner Regelmäßigkeit durch Donald Trump: Zölle hoch, Zölle runter, Zölle nach Osten, Zölle nach Westen, und übermorgen werden sie wieder kassiert. Wahrscheinlich verdient er selber ganz gut daran mit. Das verunsichert die Weltwirtschaft. Jeder handelt plötzlich einzelstaatlich, es führt weltweit zu Protektionismus und lässt die WTO schwächer dastehen. Deswegen ist gerade Mercosur eine starke Antwort auf die Herausforderungen in dieser Zeit und zeigt, dass wir dem Handlungsdruck auch gewachsen sind.

Gerade die gestörten Lieferketten sind ein Problem für unsere bayerische Wirtschaft. Wir sehen das Thema in der Automobil- und Chemieindustrie – das wurde bereits angesprochen –, aber vor allem im Maschinenbau als einen wirklichen Hemmschuh für unsere Wirtschaft. Für Europa, Deutschland und nicht zuletzt für Bayern sind Handelsabkommen zentrale Bausteine für die Wettbewerbsfähigkeit, und Mario Draghi hat es in seinem Bericht sehr eindeutig beschrieben, dass, wenn wir das Abkommen nicht abschließen, vor allem die bayerischen Schlüsselindustrien auf der Strecke bleiben werden.

Ich möchte hier noch einmal auf den Maschinenbau und auf den Automobilstandort, aber auch auf den Landmaschinenbau eingehen, der gerade im südamerikanischen Raum einen brutalen Wachstumsmarkt sieht. Wenn wir bei diesem Wachstum nicht dabei sind, dann haben wir ein Problem. Gerade die Marktzukunft muss für uns alle ein Anliegen sein, dass wir nach vorne kommen und dass unsere Arbeiterinnen und Arbeiter in unseren sehr guten Industrien eine Zukunft haben. Die Zollersparnis, die dieses Abkommen mit sich bringen wird, wird auf 4 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Wenn wir dazu noch den Bürokratieabbau im Gegensatz zum Ist-Zustand berücksichtigen, kann diese Summe leicht vervielfacht werden.

Lieber Kollege Rinderspacher, es ist wichtig, dass wir die Sorgen der Landwirtschaft ernst nehmen. Wenn wir uns gerade den Rindfleischmarkt ansehen, stellen wir fest: Viele haben sehr große Bauchschmerzen, dass wir die gleichen Standards, die wir hier mit Haltungsformen oder mit Tierschutz sehr ernst nehmen und Gott sei Dank umsetzen, dort unten nicht bekommen. Wir sehen ein großes Problem, falls durch unseren Handel diese Standards nicht übernommen werden und am Ende nur der Preis entscheidet. Wir haben Schutzklauseln, die sehr gut ausgehandelt sind. Diese gilt es zu überprüfen. Die Lebensmittelsicherheit, die Umwelt- und die Tierschutzstandards sind verhandelt, und genau darauf werden wir in Zukunft unser Augenmerk lenken.

Nachhaltigkeit – Sie haben es erwähnt –, Arbeitsrecht und Biodiversität sind in diesem Abkommen endgültig und sehr gut ausverhandelt. In dem Zusammenhang hat die

Entwaldungsfreiheit im Gegensatz zu der bayerischen oder zur EU-Verordnung ihre Berechtigung, weil wir es für das Amazonasgebiet in Brasilien für sehr wichtig empfinden, dass die Entwaldungsverordnung angewendet wird, aber dies dort, wo der Wald wirtschaftlich genutzt wird, nicht so sein muss. Deswegen hat das seine Berechtigung.

Die CSU hat das sehr schnell erkannt. Sie hat CETA und TTIP erfolgreich begleitet. Die Nachteile sind nicht eingetreten, und die Erfolge von CETA sind in Bayern schon sehr gut sichtbar. Mercosur und die Begleitung von Mercosur ist die konsequente Fortsetzung dieser Linie. Das Abkommen befindet sich in der Feinabstimmung. Die juristischen Ratifizierungsprozesse laufen. Einige Länder warten noch mit ihrer Zustimmung; aber sie werden nicht daran vorbeikommen, weil sie die Notwendigkeit sehen.

Die Bayerische Staatsregierung begleitet diesen Prozess von Anfang an, und wir sind überzeugt davon, dass Mercosur ein Erfolg wird. Durch politische Gespräche und durch Reisen bringen wir Unternehmen, Behörden und Organisationen zusammen. Wir sind aktiv dabei, das auch weiterhin zu tun. Während andere zaudern und immer weiter nach Fehlern suchen, sind wir schon lange dabei, das Richtige zu tun. Dafür brauchen wir nicht noch einmal eine gesonderte Aufforderung. Deswegen lehnen wir ab, und wir wissen, dass wir das Richtige tun.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal stehen wir vor der Frage: Wofür steht eigentlich dieses Mercosur-Abkommen, über das hier euphorisch gesprochen wird? – Ich kann es euch sagen: Wir verraten unsere heimischen Landwirte zugunsten globaler Konzerninteressen und tragen ganz nebenbei zur Zerstörung der Umwelt bei. Wer glaubt, mit Mercosur könnten wir Fahrzeuge, die in Deutschland teuer produziert werden, dort vermehrt auf den Markt bringen, der irrt. Die Masse der Fahrzeuge wird in Zukunft nicht bei uns, sondern günstig

dort produziert. VW ist zum Beispiel bereits mit vier Produktionsstätten in Süd- und Mittelamerika vertreten. BMW hat laut Homepage aktuell drei Produktionsstätten in Südamerika.

Eine Studie im Auftrag der französischen Regierung warnt, dass die Abholzung in den Mercosur-Staaten in den nächsten sechs Jahren um mindestens 25 % zunehmen könnte, sollte das Abkommen in Kraft treten. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass erst ab 2030 Gegenmaßnahmen zum Schutz des Regenwaldes ergriffen werden sollen, wie es im Abkommen ausverhandelt wurde. Ja, man fragt sich schon, warum gerade die GRÜNEN einem solchen Naturzerstörungsabkommen zustimmen können. Was glauben denn die Schöpfer des Mercosur-Abkommens, wofür deutsche Landmaschinen und Chemikalien in Südamerika gebraucht werden? – Ganz eindeutig zur Zerstörung der grünen Lunge in dieser Welt, der tropischen Regenwälder.

Während die Verfechter dieses Abkommen als Triumph des Freihandels bejubeln, warnen wir vor blinder Euphorie. In diesem Fall ist Protektionismus keine Diskriminierung, sondern Selbstschutz und echter Umweltschutz. Wie wichtig dieser Selbstschutz ist, sehen wir schon heute. Die wirtschaftliche Lage der bayerischen Landwirte hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 verzeichneten die Haupterwerbsbetriebe einen durchschnittlichen Gewinnrückgang von 20 %. Diese finanzielle Belastung wird durch das Mercosur-Abkommen weiter verschärft. Die geplante Erhöhung der Importquoten für Agrarprodukte wie Rindfleisch und Soja aus den Mercosur-Staaten setzt bayerische Landwirte einem verstärkten Wettbewerb aus. – So viel zu unserer Regionalität.

Die importierten Produkte führen zu Wettbewerbsverzerrungen, welche die Existenz vieler heimischer Betriebe schon heute bedrohen. Es steht außer Frage, dass Handelsabkommen sinnvoll sein können, doch nicht um jeden Preis. Nicht der freie, sondern der faire Handel sollte das Ziel sein, das wir gemeinsam anstreben. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als FREIE WÄHLER stehen wir natürlich für eine offene, faire und an Werten orientierte Handelspolitik. Der Austausch von Waren, Wissen und Innovation ist gerade für unser exportstarkes Bayern von zentraler Bedeutung. Ja, das Mercosur-Abkommen bringt wirtschaftliche Chancen, besonders für unsere Weltmarktführer im Maschinenbau, in der Fahrzeugtechnik und der Chemie.

Doch lassen Sie uns nicht nur auf Exportbilanzen blicken. Gehen wir einen Moment raus aus dem Bayerischen Landtag und hinein in die bayerische Realität. Auf einem Hof im Allgäu oder in der Oberpfalz lebt ein Landwirt, der jeden Tag vor Sonnenaufgang aufsteht, der mit großem Verantwortungsgefühl seine Tiere versorgt, seine Felder bestellt, mit jeder Investition rechnen muss und gleichzeitig höchste Standards in Sachen Tierwohl und Umweltschutz erfüllen soll. Dieser Landwirt schaut mit Sorge auf das Mercosur-Abkommen; denn er weiß: Mit der Einfuhr Zehntausender Tonnen südamerikanischen Rindfleischs kommen Produkte auf unseren Markt, die oft unter völlig anderen Bedingungen entstanden sind, auf Flächen, die vorher Regenwald waren, ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Standards. Für ihn geht es nicht um Geopolitik, sondern um das wirtschaftliche Überleben.

Genau das ist der Kern unserer Kritik. Dieses Abkommen schafft auf der einen Seite neue Chancen für die Großindustrie und die Konzerne, auf der anderen Seite gefährdet es aber unsere bäuerlichen Familienbetriebe; denn gerade bei Premiumfleischstücken wie Entrecôte, Filet oder Roastbeef droht eine massive Marktverdrängung. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das ist ein Schlag gegen all jene, die bei uns Tag für Tag für regionale, sichere und nachhaltige Lebensmittel sorgen.

Natürlich, die Mercosur-Staaten haben zugesagt, die illegale Entwaldung bis 2030 zu stoppen. Aber Hand aufs Herz: Wer glaubt denn wirklich daran, dass diese Zusagen in der Realität eingehalten werden? Ich plädiere dafür, dass wir ganz genau hinschauen, dass dieses Pariser Abkommen und das Sustainability Chapter auch tatsächlich umgesetzt werden. Auch innerhalb der SPD gab es einmal eine sehr klare Haltung. Die Europa-Abgeordnete Maria Noichl sprach beim digitalen Landesparteitag im Jahr 2020 von einem klimazerstörerischen Landwirtschaftsmodell, das auf Dumpingpreise und Pestizide setze. Sie sagte wörtlich: "Es ist schade, dass die europäische Landwirtschaft hier wieder einmal als Verhandlungsmasse unter die Räder gekommen ist."

Leider findet diese kritische Haltung im aktuellen Antrag keinen Niederschlag. Wir FREIEN WÄHLER erkennen natürlich die Bedeutung des internationalen Handels an, aber wir stehen für einen Handel, der nicht einseitig zugunsten von Konzerninteressen gestaltet wird, sondern alle mitnimmt, auch die kleinen Höfe, die Handwerksbetriebe und die Menschen auf dem Land, die mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Land lebt, versorgt ist und Heimat bleibt. Das Mercosur-Abkommen ist auf europäischer Ebene zwar politisch ausverhandelt – aktuell läuft die Übersetzung in 24 Sprachen, und der Juristische Dienst schaut noch einmal drüber –, aber dann folgt der letzte formelle Schritt. Das Abkommen geht in die nationalen Parlamente. Sie haben das letzte Wort. Deshalb sind jetzt der Bundestag und der Bundesrat gefordert und gefragt.

Für mich bedeutet das, dass die Verantwortung zunächst einmal in Berlin und damit bei Ihnen liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der SPD. Sie sind Teil der Bundesregierung. Sie entscheiden mit, ob dieses Abkommen in Kraft tritt, und Sie entscheiden damit auch über die Zukunft vieler kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in unserem Land. Mein Appell an Sie ist deshalb ganz klar: Denken Sie nicht nur an die großen Player in der Industrie. Denken Sie auch an die Menschen, die morgens um 5 Uhr im Stall stehen, die bei Wind und Wetter auf dem Traktor sitzen und dafür sorgen, dass in unseren Läden regionale, sichere und nachhaltige Produkte liegen.

Sie stehen nicht auf den Messebühnen in São Paulo; sie stehen in Gummistiefeln auf der bayerischen Erde. Sie erwarten zu Recht, dass Politik ihre Interessen schützt.

Freihandel ja, aber nur dann, wenn er fair, nachhaltig und gerecht ist. Handeln Sie also auf Bundesebene verantwortungsvoll. Stärken Sie die Industrie durch Handelsabkommen, und schaffen Sie Ausgleich für die Landwirte, falls es zu Marktverwerfungen kommt. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geopolitische Situation ist durchwachsen wie nie. Die USA und Donald Trump schlagen mit Zöllen und Zollstreitereien um sich und gefährden damit die europäische und die weltweite Handels- und Wirtschaftssituation. Auf der anderen Seite setzt China nur auf die eigenen geostrategischen Interessen. Im Rahmen des Ausbaus der Neuen Seidenstraße baut China Häfen, Eisenbahnen und Minen mit dem Ziel, strategischen Zugang zu Rohstoffen, zu Infrastruktur und zu Handelswegen zu erhalten. Damit will China seinen geopolitischen Einfluss mehren, ohne dabei auf Standards für die Umwelt, das Klima, die Menschenrechte oder auf soziale Belange zu achten.

Wir brauchen dazu einen europäischen Gegenentwurf, der auf faire Partnerschaft und auf geopolitische Verantwortung setzt. Gute Handelsabkommen können genau das bieten. Sie stärken die Wirtschaftsräume der beteiligten Partner. Sie sorgen für Wachstum, sie sorgen für Arbeitsplätze, sie sorgen für Handel und für sichere Lieferketten und verringern damit Abhängigkeiten.

Die EU-Kommission hat sich in den letzten Jahren sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt, welche Handelsabkommen geschlossen werden können, um gute und

faire Partnerschaften aufzubauen: Kanada, Neuseeland, Chile, Mexiko und jetzt aktuell Mercosur. Mercosur steht noch in der Ratifizierung. Vorhin wurde schon angesprochen, dass es wichtig ist, hierbei auf Nachhaltigkeitskriterien und entsprechende Vorgaben zu achten. Mercosur ist nicht in den letzten Wochen entstanden. Hinter uns liegen mittlerweile fast 25 Jahre mit Verhandlungen, bei denen einige Regelungen nachgeschärft worden sind. Ich möchte auf das Thema Entwaldung hinweisen, für das im Mercosur-Abkommen klare Regelungen aufgenommen wurden. Auch die Menschenrechtssituation wurde berücksichtigt. Die Themen Umwelt und Klimaschutz wurden im Mercosur-Abkommen wie in kaum einem anderen Handelsabkommen berücksichtigt.

Trotzdem gibt es jetzt immer wieder Bedenken. Bedenken muss man natürlich ernst nehmen. Wir haben im Moment insbesondere die französische Regierung, die sich gegen Mercosur ausspricht, die Mehrheiten gegen die Ratifizierung sicherstellen möchte und die damit – ich sage es so, wie es ist – auch ein europäisches geopolitisches Desaster provozieren könnte. Die letzten Äußerungen der französischen Regierung gehen jetzt schon in eine andere Richtung. Auch sie merkt, dass ein Scheitern von Mercosur Europa am Ende massiv schwächen würde.

Deswegen ist es wichtig, auf die Bedenken beispielsweise aus Bereichen der bäuerlichen Landwirtschaft, die es gibt – die Kollegin Müller hat einiges ausgeführt –, einzugehen. Natürlich kann man davon reden, dass argentinisches Rindfleisch Europa am Ende überschwemmen wird. Wenn man ganz ehrlich ist, muss man dazu sagen, dass es ein Kontingent von 99.000 Tonnen gibt. Das entspricht 1,2 % der europäischen Rindfleischproduktion. Von einem Überschwemmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann da sicherlich nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil.

Ich glaube, die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland hat sicherlich mit anderen Problemen zu kämpfen. Insbesondere die neue Bundesregierung steht in der Pflicht, sich Gedanken zu machen, woher denn eigentlich die Herausforderungen für unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland kommen, die auch ohne das

bestehende Mercosur-Abkommen – wir kennen die Zahlen hier in Bayern – immer weiter wachsen.

Gleichzeitig muss die Bundesregierung sich insbesondere mit der französischen Regierung intensiv auseinandersetzen, um die Bedenken auszuräumen und sicherzustellen, dass Mercosur am Ende ausgeführt, ratifiziert und beschlossen werden kann, damit wir genau diese europäischen Standards, die wir in das Mercosur-Abkommen mit hineinverhandelt haben, im Rahmen des Handelsabkommens – übrigens auch positiv im Hinblick auf die beteiligten südamerikanischen Länder – in die Umsetzung bringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER vor. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Lieber Benjamin, du weißt natürlich genauso gut wie ich, dass es hier um 200.000 Tonnen Rindfleisch geht, die aktuell schon bei uns auf dem Markt sind, allerdings mit 20 % Steuern oder Zöllen. Es geht tatsächlich darum, 99.000 Tonnen auf einen Steuersatz von 7,5 % abzusenken. Das ist enorm, wenn man weiß, dass nur hochqualitatives Rindfleisch ins Land kommt. Das sind die Edelteile wie Roastbeef und Filet. Das macht schon etwas aus, weil die Standards hier bei der Produktion doch erheblich anders sind. Hormone im Fleisch kann man nicht mehr nachweisen. Die Werte betreffend Rückstände von Pflanzenschutzmitteln werden eingehalten; also die Nachweispflicht ist sehr, sehr streng.

Ich weiß natürlich, dass wir dieses Abkommen brauchen. Ich bin mir schon sicher, dass wir hier auch gemeinsam Mehrheiten finden. Allerdings ist dieser SPD-Antrag aus unserer Sicht erledigt, weil die Staatsregierung das Geforderte bisher schon getan hat. – Ich habe keine Frage.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Eigentlich ist bestätigt worden, was ich zu den Zahlen gesagt habe. Es geht um 99.000 Tonnen im Jahr, die dann zu einem reduzierten Zollsatz eingeführt werden können.

Am Ende steht die Frage der Standards. Das ist schon eine Frage der Nachverfolgung. Es gibt Fraktionen, die sagen, sie seien mit Blick auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und Ähnliches gegen Nachverfolgbarkeit; das heißt, man will keine Infrastruktur schaffen, um nachzuverfolgen, wie Sachen in Herkunftsländern eigentlich hergestellt werden und wie Standards sichergestellt werden können. Ohne Kontrollen besteht natürlich die Gefahr, dass man sich nicht an die Standards halten wird.

Wir sind da anderer Auffassung. Wir wollen Freihandel mit Transparenz im Hinblick auf Lieferketten kombinieren. Dann ist nämlich genau der Schutz der Landwirtinnen und Landwirte mit Blick auf die Standards gewährleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zu stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.